



Medienkommentar

Syrien: Wer wirklich den Nahrungsmittelentzug als militärische Waffe nutzt



Kaum ein Tag vergeht, an dem die westlichen Medien in ihrer Berichterstattung über Syrien nicht gebetsmühlenartig wiederholen, der syrische Präsident Bashar al-Assad ließe seine eigene Bevölkerung aushungern. Mehrere hunderttausend Menschen in Gebieten unter Rebellenkontrolle sollen von den Blockaden des Assad-Regimes betroffen sein, ließ die UNO am 6. Juni 2016 verlauten.

Kaum ein Tag vergeht, an dem die westlichen Medien in ihrer Berichterstattung über Syrien nicht gebetsmühlenartig wiederholen, der syrische Präsident Bashar al-Assad ließe seine eigene Bevölkerung aushungern. Mehrere hunderttausend Menschen in Gebieten unter Rebellenkontrolle sollen von den Blockaden des Assad-Regimes betroffen sein, ließ die UNO am 6. Juni 2016 verlauten. Eine Sprecherin des Außenministeriums in Washington sagte, ich zitiere: „Das Regime nutzt den Nahrungsentzug weiterhin als militärische Waffe gegen seine eigene Bevölkerung.“

Doch wozu sollte ein Staat versuchen, seine eigene Bevölkerung auszuhungern, die er auf seiner Seite wissen will? Darüber berichteten wir in unseren Sendungen vom 17.01.2016 und 04.03.2016. Nun haben sich 16 namhafte Persönlichkeiten und Gemeinschaften christlicher Kirchen in Syrien in einem offenen Brief zu Wort gemeldet. Dieser Brief, der am 29. Mai 2016 von der deutschen Friedensbewegung „Freundschaft mit Valjevo e.V.“ übersetzt und veröffentlicht wurde, zeichnet ein ganz anderes Bild als von den westlichen Leitmedien vermittelt wird. Verantwortlich für Hunger, Epidemien und Elend in Syrien sei nicht das Assad-Regime, sondern die Sanktionen des Westens gegen Syrien. Zur Erinnerung: Nach Beginn der Unruhen in Syrien im Jahr 2011 verhängten die EU, die USA und die Golfmonarchien ein Embargo, d.h. eine Handelsblockade, gegen Syrien: Syriens Auslandsguthaben wurden eingefroren, Importe aus Syrien verboten. Ebenfalls verboten wurden Exporte von Treibstoff, Erdöl, Technik und Ausrüstung, sowie jeder Geldverkehr aus dem Ausland. Das Embargo gegen Syrien wird von den westlichen Medien kaum einmal erwähnt. Als Gegenstimme gegen diese einseitige Anti-Assad Berichterstattung der westlichen Presse bringt Klagemauer.tv den Brief der kirchlichen Würdenträger – aus den verschiedensten christlichen Glaubensgemeinschaften – nun in leicht gekürzter Länge:

APPELL KIRCHLICHER WÜRDENTRÄGER AUS SYRIEN

Die Sanktionen gegen Syrien und die Syrer sind unverzüglich aufzuheben
2011 hat die Europäische Union beschlossen, Wirtschaftssanktionen gegen Syrien zu verhängen. Die EU stellte sie als „Sanktionen gegen Persönlichkeiten des Regimes“ dar. Tatsächlich verhängte sie gegen das ganze Land ein Öl-Embargo, eine Blockade jeglicher Finanztransaktionen und ein Handelsverbot für sehr viele Güter und Produkte. Diese Maßnahmen sind immer noch in Kraft. Dagegen wurde 2012 aufgrund einer schwer verständlichen Entscheidung das Öl-Embargo für die Regionen aufgehoben, die die bewaffnete und dschihadistische Opposition kontrolliert. Dadurch sollen offenkundig den sogenannten „revolutionären Kräften und der Opposition“ wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

In diesen 5 Jahren haben die Sanktionen gegen Syrien dazu beigetragen, die syrische Gesellschaft zu zerstören: Sie lieferten sie dem Hunger, Epidemien und Elend aus [...]. Die Sanktionen vergrößern die Schäden durch den Krieg, der bereits zu 250.000 Toten, 6 Millionen intern Vertriebenen und 4 Millionen Flüchtlingen geführt hat.

Die Situation in Syrien ist verzweifelt: Es fehlt an Lebensmitteln, es herrscht eine allgemeine Arbeitslosigkeit, medizinische Behandlungen sind unmöglich geworden, Trinkwasser und Strom sind rationiert. Dazu kommt, dass das Embargo die Syrer, die sich bereits vor dem Krieg im Ausland niedergelassen haben, daran hindert, ihren Verwandten und Familienangehörigen im Heimatland Geld zu überweisen. Selbst Nichtregierungsorganisationen, die Hilfsprogramme durchführen möchten, können ihren Mitarbeitern in Syrien kein Geld schicken. Firmen, Stromwerke, Wasserwerke und Krankenhäuser sind gezwungen, zu schließen, weil sie keine Ersatzteile und kein Benzin bekommen können.

Heute sehen die Syrer nur eine Möglichkeit für das Überleben ihrer Familien: die Flucht aus ihrem Land. Aber auch diese Lösung stößt auf nicht wenige Schwierigkeiten und führt zu hitzigen Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union. [...]

Wir unterstützen deshalb alle Initiativen humanitären Charakters und alle Initiativen für den Frieden von Seiten der internationalen Gemeinschaft, insbesondere die schwierigen Verhandlungen in Genf. In der Erwartung und der Hoffnung, dass sie nach so vielen bitteren Enttäuschungen ein konkretes Ergebnis bringen, fordern wir, dass die Sanktionen, die im tagtäglichen Leben jedes Syrers zu spüren sind, unverzüglich aufgehoben werden. Ohne konkrete Anstrengungen für die Menschen, die heute unter den Folgen des Embargos leiden, kann es nicht zu dem ersehnten Frieden kommen. Die Auswirkungen des Embargos lasten auf dem ganzen Volk.

Das Gerede über die Kriegsflüchtlinge aus Syrien sieht nach purer Heuchelei aus, solange man gleichzeitig, diejenigen, die in Syrien bleiben, weiter aushungert, ihnen die medizinische Versorgung, Trinkwasser, Arbeit, Sicherheit und die elementarsten Rechte verweigert.

Wir wenden uns deshalb an die Abgeordneten und Bürgermeister jedes Landes, damit die Bürger der Europäischen Union (bis heute absolut unwissend) über die Ungerechtigkeit der Sanktionen gegen Syrien informiert werden und die Sanktionen endlich Gegenstand einer ernsthaften Debatte und entsprechender Beschlüsse werden.

Unterzeichner:

Georges Abou Khazen, Apostolischer Vikar von Aleppo

Pierbattista Pizzaballa, Kustos emeritus des Heiligen Landes

Josef Tobji, Erzbischof der Maroniten von Aleppo

Boutros Marayati, armenischer Bischof von Aleppo

Die Schwestern der Kongregation des heiligen Josef der Erscheinung des Krankenhauses „Saint Louis“ von Aleppo

Ordensgemeinschaft der Trappistinnen in Syrien

Dr. Nabil Antaki, Arzt in Aleppo von der Ordensgemeinschaft der Gesellschaft Maria

Die Schwestern der Kongregation der immerwährenden Hilfe – Zentrum für Minderjährige und Waise von Marmarita

Pater Firas Loufti, Franziskaner

Jean – Clement Jeanbart, griechisch-orthodoxer Erzbischof von Aleppo

Jacques Behnan Hindo, syrisch-katholischer Bischof von Hassake-Nisibi

Mtanios Haddad, Archimandrit der katholisch-melkitischen Kirche

Hilarion Capucci, emerit. Erzbischof der melkitischen griechisch-kath. Kirche

Ignaz Youssef III Younan, Patriarch der unierten syrisch-kath. Kirche von Antiochien

Georges Masri, Prokurator beim Heiligen Stuhl der syrisch-kath. Kirche
Gregor III Laham, Patriarch der melkitisch griechisch-kath. Kirche

von dd.

Quellen:

<http://www.srf.ch/news/international/uno-bittet-um-zugang-zu-belagerten-syrischen-staedten>
<http://www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress/?p=1207>
<http://www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress/?p=1048>
<http://www.egon-w-kreutzer.de/003/tk160529.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Syrien - www.kla.tv/Syrien

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.